

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 8. September 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

P 483 Postulat Estermann Rahel und Mit. über einen Marschhalt für das Projekt M365 zugunsten von Rechtsstaatlichkeit und digitaler Souveränität / Finanzdepartement

Das Postulat P 483 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Rahel Estermann hält an der Dringlichkeit fest.

Rahel Estermann: Ich bitte Sie, der dringlichen Behandlung zuzustimmen, da die Dringlichkeitskriterien erfüllt sind. Das Projekt fällt in den Zuständigkeitsbereich des Kantons Luzern. Das Anliegen tangiert kein laufendes Rechtsverfahren. Hingegen ist das Stoppen der angelaufene Migration in die Microsoft-Cloud genau Anliegen des Postulats. Es gibt kein ordentlich traktandiertes Geschäft zu M365. Das Anliegen erträgt keinen Aufschub, weil die Migration vermutlich bereits läuft, obwohl man das nicht so genau weiß. Deshalb auch die Forderung nach einem Marschhalt. Das Thema hat zudem ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht. Das Thema wurde durch ein nationales Medium kritisch aufgenommen und auch in der «Luzerner Zeitung» in mehreren Artikeln ebenfalls kritisch vertieft. Zum Thema M365 läuft eine gesamtschweizerische Diskussion, bei der die Kantone Luzern und Basel-Stadt im Zentrum stehen. Mein Social Media Post von diesem Juni über diesen Vorstoss wurde über 80 000 Mal gelesen, und das weit über die Partegrenzen hinaus. Die Luzernerinnen und Luzerner interessieren sich dafür, was mit den Daten geschieht und ob wir uns dadurch noch tiefer in eine US-Abhängigkeit begeben. Ich habe den Eindruck, dass sich die Regierung leider nicht dafür interessiert, die Bevölkerung in diese wichtige Diskussion mit einzubeziehen. Deshalb führte sie auch keinen öffentlichen parlamentarischen Prozess durch. Dass die Regierung dieses Thema vor ein paar Tagen anlässlich der Dulliker-Gespräche zuerst traktandiert hat, liess mich hoffen, dass man sich diesem Thema gegenüber öffnet und das Parlament und die Bevölkerung mit einbezieht. Aber offensichtlich ist das doch nicht der Fall, weil man die Gelegenheit nicht nutzen will, morgen über M365 zu diskutieren und Transparenz zu schaffen. Das Gleiche gilt für die beiden Vorstösse der SP, die ebenfalls dringlich erklärt werden sollten. Es ist Zeit, Transparenz und Mitsprache des Parlaments für dieses 28 Millionen Franken teure Projekt zu schaffen. M365 ist ein politischer und kein technischer Entscheid. Für solche politischen Entscheide wurden wir von der Bevölkerung gewählt. Ich bitte Sie, der dringlichen Behandlung meines Postulats sowie der beiden Anfragen A 512 und A 511 zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Luzerner Regierung hat im vergangenen Herbst den Entscheid zu M365

gefällt und öffentlich kommuniziert. Sowohl in diesem Rat als auch in der Öffentlichkeit ist eine Diskussion ausgeblieben. Mir scheint es etwas stark aus der Luft gegriffen zu sein heute zu monieren, dass dringlicher Diskussionsbedarf besteht. Zudem haben Sie Kenntnis davon, dass das Thema bereits in einer Sitzung der Staatspolitischen Kommission (SPK) traktandiert wurde. Die Kommission hat damals beschlossen, sich dem Thema weiter anzunehmen. Vermutlich dürfte diese Diskussion für die Behandlung der Vorstösse im Rat ebenfalls dienlich sein. Ich kann Ihnen versichern, dass wir den vorgegebenen zeitlichen Spielraum zur Beantwortung der drei Vorstösse mit Sicherheit nicht ausnutzen, denn das liegt nicht in unserem Interesse. Ich bitte Sie im Namen des Regierungsrates, die Dringlichkeit der drei entsprechenden Vorstösse abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 63 zu 53 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.